



HESSISCHER LANDTAG

30. 11. 2011

Kleine Anfrage

des Abg. Rudolph (SPD) vom 04.07.2011

betreffend Meinungsumfragen im Auftrag der Hessischen Landesregierung

und

Antwort

des Chefs der Staatskanzlei

Vorbemerkung des Fragestellers:

Die Hessische Landesregierung hat auf die Kleine Anfrage, Drucksache 18/2779, hinsichtlich der Durchführung von Meinungsumfragen im Grundsatz nicht geantwortet, weil die Meinungsumfragen nach ihrer Auffassung ausschließlich zur Unterrichtung und Meinungsbildung der Landesregierung dienen und damit dem verfassungsrechtlich geschützten Direktionsbereich der Landesregierung unterliegen würden.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 06.06.2011, Aktenzeichen: Vf. 49-IVa-10, festgestellt, dass die Kontrollfunktion des Parlamentes als grundlegendes Prinzip des parlamentarischen Regierungssystems und der Gewaltenteilung angesichts des regelmäßig bestehenden Interessengegensatzes zwischen regierungstragender Mehrheit und oppositioneller Minderheit wesentlich von den Wirkungsmöglichkeiten der Minderheiten abhängig ist. Aus der Verfassung selbst sei das Recht eines jeden Abgeordneten abzuleiten, Fragen an die Landesregierung zu richten. Entsprechend dieser verfassungsrechtlichen Begründung des Fragerechts und entsprechend dem Sinn und Zweck dieses Fragerechts ist die Exekutive grundsätzlich dazu verpflichtet, die Fragen eines Abgeordneten zu beantworten.

Die bisherige Rechtsauffassung der Hessischen Landesregierung ist auch insbesondere in der Berücksichtigung der Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes weder nachvollziehbar noch rechtlich haltbar. Deswegen werden erneut die folgenden Fragen gestellt.

Vorbemerkung des Chefs der Staatskanzlei:

Die Landesregierung berücksichtigt im Rahmen ihrer Politikgestaltung und der ihr obliegenden Staatsleitung - ebenso wie die Bundesregierung und die Regierungen anderer deutscher Länder - seit Jahrzehnten demoskopische Erhebungen. In Übereinstimmung mit der Staatspraxis des Bundes und der übrigen Länder hat die Landesregierung bislang den Mitgliedern des Hessischen Landtages keine Auskunft über den Inhalt der Erhebungen erteilt und dies mit dem in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. zuletzt B. v. 1. Juli 2009, 2 BvE 5/06 m. w. N.) und des Hessischen Staatsgerichtshofes (Urt. v. 24. November 1966, P. St. 414) verfassungsrechtlich anerkannten Diskretionsbereich der Landesregierung (Arkanbereich) gerechtfertigt. Das grundsätzlichliche Verfahren betreffend der Einholung demoskopischer Erhebungen hat die Landesregierung mit dem Hessischen Rechnungshof abgestimmt.

Der in der Vorbemerkung des Fragestellers angesprochenen Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 6. Juni 2011 liegt ein nicht mit dem hessischen Verfassungsrecht vergleichbarer Verfassungsrechtsstreit zwischen einem Mitglied des Bayerischen Landtages und der Bayerischen Staatsregierung zugrunde über die Frage, ob die Antworten der Bayerischen Staatsregierung auf Schriftliche Anfragen des Antragstellers zu sogenannten Resonanzstudien dessen verfassungsmäßige Rechte verletzen.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung festgestellt, die Antwortpflicht der Bayerischen Staatsregierung korrespondiere mit

dem Frage- und Informationsrecht des Abgeordneten, das sich aus dem Abgeordnetenstatus und der Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung ergebe. Diese Antwortpflicht findet jedoch ausdrücklich auch nach der Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes ihre Grenze, wenn der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berührt werde. Diese folge aus dem Grundsatz der Gewaltenteilung. Denn damit auch die dortige Staatsregierung ihre Aufgaben im Rahmen der Staatsleitung erfüllen könne, müsse die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit ihrer internen Willensbildung gewährleistet werden. Eine Pflicht der Regierung, parlamentarischen Informationswünschen zu entsprechen, bestehe danach in der Regel nicht, wenn die Information zu einem Mitregieren Dritter bei Entscheidungen führen könne, die in der alleinigen Kompetenz der Regierung lägen. Unter Anwendung der genannten Grundsätze kam der Bayerische Verfassungsgerichtshof in dem konkret zu entscheidenden Fall zu dem Ergebnis, die Staatsregierung habe die Fragen nach dem Inhalt und den Ergebnissen der Resonanzstudien nicht unter Berufung auf den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung verweigern dürfen.

Die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 6. Juni 2011 beschränkt sich auf die Anwendung der in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes entwickelten Grundsätze auf einen nach bayerischem Verfassungsrecht zu entscheidenden Sachverhalt, so dass sie für die Auskunftspflicht der Hessischen Landesregierung gegenüber parlamentarischen Anfragen von Mitgliedern des Hessischen Landtages keine unmittelbare Wirkung haben kann. Es bleibt demnach für die Verfassungsrechtslage in Hessen bei den allgemein anerkannten Grenzen der Antwortpflicht, zu denen unter anderem der - auch vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof nicht in Frage gestellte - Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung (Diskretionsbereich, Arkanbereich) zählt. Daneben begrenzen die Auskunftspflicht der Landesregierung gegenüber dem Landtag unter anderem der Schutz von Grundrechten Dritter, berechnigte Geheimhaltungsinteressen des Landes, der Missbrauch des parlamentarischen Fragerechts durch den Fragesteller sowie die Gefährdung der Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Regierung durch die Beantwortung der Anfrage.

Von der durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Herrn Ministerpräsidenten Eichel gebildeten Regierung eingeholte Meinungsumfragen wurden offenkundig vor Regierungsübergabe am 07. April 1999 aus dem Aktenbestand der Staatskanzlei entfernt. Unterlagen hierzu waren im Aktenbestand der Staatskanzlei nicht mehr auffindbar. Dieses gilt auch für die Rechnungsunterlagen des Institutes polis, Gesellschaft für Politik und Sozialforschung GmbH, welches im Zeitraum 1991 bis 1999 die vorgenannte Landesregierung sozialempirisch beraten hatte.

Aus diesem Umstand wie auch ausdrücklich aus einem Schreiben des seinerzeitigen Chefs der Staatskanzlei, Herrn Staatsminister a.D. Joachim Suchan im Zusammenhang mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abg. Bellino betreffend Meinungsumfragen der Hessischen Landesregierung im Zeitraum April 1991 bis März 1999 (Drs. 18/4594), in dem Herr Staatsminister a.D. Suchan sich bei der Beantwortung der zu der hier vorliegenden Kleinen Anfrage gleichlautenden Fragen ausdrücklich einschränkend auf die "Beachtung des Grundsatzes des Arkanbereiches der Landesregierung" bezieht, ist zu schließen, dass auch frühere Landesregierungen in durchgängiger Staatspraxis den Diskretionsbereich (Arkanbereich) sowohl gegenüber dem Parlament, wie auch gegenüber Nachfolgeregierungen so gehandhabt haben, wie vorstehend ausgeführt. Dies war durchgehende Staatspraxis.

Die Landesregierung beabsichtigt deshalb, an der jahrzehntelangen Praxis der Hessischen Landesregierungen, keine Auskunft über bisherige demoskopische Erhebungen, die zur Vorbereitung von Regierungsentscheidungen in Auftrag gegeben und ausschließlich einem kleinen Kreis aus Mitgliedern der Landesregierung und Fachbeamten zur Kenntnis gelangt sind, grundsätzlich festzuhalten.

Die Landesregierung wird jedoch aufgrund der sich abzeichnenden Tendenz zur Veränderung der Rechtslage durch die Rechtsprechung in anderen Bundesländern sowie nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Empfehlungen des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 15. Juni 2011 eine Änderung der bisherigen Staatspraxis dahingehend vornehmen, dass künftig einzuholende demoskopische Erhebungen nach regierungsinterner Auswertung - soweit

möglich - zeitnah veröffentlicht werden. Mit Blick auf die Ausführungen des Bundestagspräsidenten wurden seit Mai 2011 durch die Landesregierung keine demoskopischen Erhebungen mehr in Auftrag gegeben.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Bei welchen Demoskopischen Instituten hat die Hessische Landesregierung Meinungsumfragen in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 in Auftrag gegeben (mit Datumsangabe)?

Die Fragen 1. und 3. werden zusammenhängend beantwortet.

Die Staatskanzlei hat in den Jahren 2005 bis 2011 folgende demoskopische Erhebungen in Auftrag gegeben:

Bei dem Institut "das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH" (dimap)

- im März, Juni, Oktober 2005,
- im Januar, April, Juli, Oktober 2006,
- im März, Juli, September, November 2007,
- im März, Juni, Oktober, November 2008,
- im März, Juli, November 2009,
- im Februar, Mai, Juli, Dezember 2010,
- im Januar, Februar, Juni 2011 (Beauftragung im Mai 2011);

sowie im November 2007 bei dem "Institut für Demoskopie Allensbach".

Weiterhin wurde durch das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa im Dezember 2010 eine Umfrage bei dem Institut TNS Emnid zum Thema "Meinungsbilder - Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011" in Auftrag gegeben.

Für die Untersuchung des Institutes Allensbach im Jahr 2007 wurden 62.832,00 €, für die Umfragen des Institutes dimap in den Jahren 2005 und 2006 je Umfrage 23.049,20 €, in den Jahren 2007 und 2008 sowie für die ersten beiden Umfragen des Jahres 2009 je 23.645,30 € und ab der dritten Umfrage im Jahr 2009 bis zur letzten Umfrage im Jahr 2011 je 25.942,00 € in Rechnung gestellt.

Für die Befragung von TNS Emnid wurden 16.765,00 € in Rechnung gestellt.

Frage 2. Welche Themenbereiche beinhalten die jeweiligen Fragenkataloge und mit welchen konkreten Fragen und Ergebnissen? (Bitte im Wortlaut)

Unbeschadet des Umstandes, dass die durch die Landesregierung im hier relevanten Zeitraum in Auftrag gegebenen demoskopischen Erhebungen zum Teil nicht abgeschlossene Vorgänge betreffen sowie Rückschlüsse auf interne Meinungsbildungsprozesse innerhalb der Landesregierung zulassen und deshalb eine Auskunftsabschirmung durch den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung in Betracht zu ziehen ist, fehlt es auch an einem nachvollziehbaren Interesse des Fragestellers, Auskunft über sämtliche demoskopischen Erhebungen der Landesregierung in den Jahren 2005 bis 2011 zu erhalten. In diesem Zeitraum sind 26 Erhebungen mit durchschnittlich 20 bis 30 Fragen beauftragt worden, wobei die Antworten nach zahlreichen, demoskopisch relevanten Kriterien aufgefächert sind. Frage 2 der vorliegenden Kleinen Anfrage betrifft demnach insgesamt rund 500 Fragen mit mehreren tausend Einzelantworten. Im Hinblick auf die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Regierung sowie den Umstand, dass bereits eine weitere Kleine Anfrage zu demoskopischen Erhebungen im Zeitraum von April 1991 bis März 1999 (Drucksache 18/4594) vorliegt, ist die Landesregierung im Wege der Abwägung des parlamentarischen Auskunftsrechts mit den durch die Beantwortung derartiger Anfragen entstehenden Belastungen des Regierungsapparats zum Ergebnis gelangt, die vorliegende Kleine Anfrage hinsichtlich der Frage zu Ziffer 2 mit einer abstrakten Beschreibung der Inhalte der jeweiligen Erhebungen zu beantworten. Die abstrakte Prüfung von hunderten Fragen und tausenden Einzelantworten aufgrund einer pauschalen Anfrage erscheint durch ein anzuerkennendes Auskunftsinteresse nicht gerechtfertigt.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Erhebungen:

1. Umfrage vom März 2005 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Arbeitsmarkt, Innere Sicherheit, Bildungspolitik, Umwelt, Wirtschaft, Soziales, Öffentlicher Dienst.

2. Umfrage vom Juni 2005 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung des Gesundheits- und Medizinstandortes Mittelhessen,
- Einschätzung zur Gesundheitspolitik, zur medizinischen Versorgung sowie zur Zukunft des Krankenhauswesens und der medizinischen Infrastruktur.

3. Umfrage vom Oktober 2005 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Staatsverschuldung, Haushalts- und Steuerpolitik, Bildungspolitik, Innere Sicherheit, Verkehrsinfrastruktur, Arbeitsplätze, Umweltpolitik,
- Einschätzung zur Vertretung hessischer Interessen auf Bundesebene.

4. Umfrage vom Januar 2006 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Innere Sicherheit, Finanzpolitik, Umweltpolitik, Arbeitsplätze, Wirtschaft, Kommunales,
- Einschätzung zur Vertretung hessischer Interessen auf Bundesebene.

5. Umfrage vom April 2006 (dimap)

- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen, Bildungspolitik; Gesundheitspolitik; Verkehrsinfrastruktur; Arbeitsplätze,
- Beurteilung der politischen Lage in Hessen.

6. Umfrage vom Juli 2006 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Innere Sicherheit, Finanzpolitik, Umweltpolitik, Arbeitsplätze, Wirtschaft, Integrationspolitik.

7. Umfrage vom Oktober 2006 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Integrationspolitik, Öffentlicher Dienst, Energiepolitik.

8. Umfrage vom März 2007 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Energiepolitik, Verkehrsinfrastruktur.

9. Umfrage vom Juli 2007 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik.

10. Umfrage vom September 2007 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Terrorismus, Seniorenpolitik, Bildungspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik, Umweltpolitik, Energiepolitik, Verkehrsinfrastruktur, Arbeitsplätze.

11. Umfrage vom November 2007 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Einschätzung zur Vertretung hessischer Interessen auf Bundesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Arbeitsmarkt, Bildungspolitik, Verkehrsinfrastruktur, Arbeitsplätze, Gesundheitspolitik.

12. Umfrage vom November 2007 (Allensbach)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Arbeit und Wirtschaft, Innere Sicherheit, Forschung, Familie, Umwelt, Verkehrsinfrastruktur, Jugendpolitik, Kulturpolitik, Integration, Soziales, Bildungspolitik, Landwirtschaft, Frauenpolitik, Energiepolitik, Haushalts- und Finanzpolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Einschätzung zur Vertretung hessischer Interessen auf Bundesebene.

13. Umfrage vom März 2008 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Innere Sicherheit, Arbeitsplätze, Soziales.

14. Umfrage vom Juni 2008 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Energiepolitik.

15. Umfrage vom Oktober 2008 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Verkehrsinfrastruktur, Finanzpolitik

16. Umfrage vom November 2008 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Arbeitsplätze, Steuer- und Finanzpolitik, Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Verkehrsinfrastruktur.

17. Umfrage vom März 2009 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Wirtschafts- und Subventionspolitik, Finanzpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik.

18. Umfrage vom Juli 2009 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,

- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Wirtschafts- und Subventionspolitik, Haushalts- und Finanzpolitik, Verfassungsänderung, Steuerpolitik.

19. Umfrage vom November 2009 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Familien- und Gesellschaftspolitik, Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik, Partnerregionen.

20. Umfrage vom Februar 2010 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Haushalts- und Finanzpolitik, Verfassungsänderung, Nachhaltigkeitspolitik.

21. Umfrage vom Mai 2010 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Haushalts- und Finanzpolitik, ehrenamtliches Engagement, Verfassungsänderung.

22. Umfrage vom Juli 2010 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Haushalts- und Finanzpolitik, Verfassungsänderung.

23. Umfrage vom Dezember 2010 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Arbeitsplätze, Familienpolitik, Haushalts- und Finanzpolitik, Integrationspolitik, Sozialpolitik, Verkehrsinfrastruktur, Umwelt- und Energiepolitik, Wirtschaftspolitik, Innere Sicherheit.

24. Umfrage vom Januar 2011 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Bildungspolitik, Verfassungsänderung.

25. Umfrage vom Februar 2011 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Kommunale Finanzpolitik, Haushalts- und Finanzpolitik, Verfassungsänderung.

26. Umfrage vom Juni 2011 (dimap)

- Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Hessen,
- Beurteilung der Arbeit der Landesregierung,
- Beurteilung der politischen Lage auf Bundes- und Landesebene,
- Beurteilung von politischen Themen und Kompetenzen wie Energiepolitik, Verkehrsinfrastruktur.

Der Fragenkatalog und die Ergebnisse der Studie "Meinungsbilder - Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011" sind unter der Internetadresse <http://integrationskompass.de/ca/ba/bij/> abrufbar.

Frage 3. Wie hoch waren die jeweiligen Kosten pro Umfrage?

Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 4. Welchen konkreten Zweck verfolgt die Landesregierung im Interesse des Bundeslandes Hessen mit der Beauftragung von Meinungsumfragen?

Mit der Beauftragung von demoskopischen Erhebungen sollen Regierungsentscheidungen zu den in den jeweiligen Meinungsumfragen abgefragten Themenfeldern vorbereitet oder überprüft und Schlussfolgerungen für das Regierungshandeln gezogen werden.

Die Befragung "Meinungsbilder - Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011" wurde am 22. Juni 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie dient u.a. der Ergänzung des ersten Hessischen Integrationsmonitors "Integration nach Maß", der eine Fülle von Daten für die strukturelle Dimension der Integration - das sind vor allem die Themenfelder Arbeit, Bildung, Einkommen - bietet. Für die ergänzende und vertiefende Ausleuchtung der sozialen, kulturellen und identifikatorischen Dimension der Integration war die Erhebung zusätzlicher Daten notwendig. Das Medien- und Sozialforschungsunternehmen TNS Emnid wurde deshalb mit der Durchführung einer repräsentativen telefonischen Befragung für Hessen beauftragt.

Frage 5. Welche Konsequenzen hat die Landesregierung aus den Antworten der Meinungsumfragen gezogen und wie weit sind die Ergebnisse in die politische Arbeit eingeflossen?

Die Landesregierung hat die Ergebnisse der demoskopischen Erhebungen im Rahmen der ihr obliegenden Staatsleitung und Politikgestaltung fortlaufend berücksichtigt. Die Ergebnisse zurückliegender demoskopischer Erhebungen behalten als Indikatoren sich verändernder Einschätzungen zu einzelnen Themenbereichen daher fortlaufende Relevanz auch für aktuelle Regierungsentscheidungen.

Als besonders wichtiges Ergebnis der Befragung "Meinungsbilder - Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011" ist hervorzuheben, dass sich die Auffassungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in den meisten Fragen nur geringfügig unterscheiden. Die deutliche Mehrheit der Personen mit und ohne Migrationshintergrund fühlt sich als ein Teil von Hessen. So setzt die Landesregierung weiter auf die Anpassung der Regelstrukturen an die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten.

Frage 6. Wie viele Umfragen zu welchen Themen plant die Landesregierung noch im Jahr 2011?

Seitens der Abteilung VII (E-Government und Verwaltungsinformatik) des HMdIS ist die Durchführung einer landesinternen ressortübergreifenden (DMS) Dokumenten-Management-System-Anwenderbefragung in 2011 geplant.

Ziel der Befragung ist es, größtmögliche Akzeptanz bei der DMS-Einführung zu erreichen. Zielgruppe sind die Anwenderinnen und Anwender von HeDok (Hessische eDokumentenverwaltung) in den Ministerien und nachgeordneten Bereichen sowie die DMS-Anwender des Justizvollzugs. Der Auftrag und die Terminierung dieser Befragung erfolgten durch den Kabinettsausschuss "Verwaltungsmodernisierung".

Im Übrigen sind für das laufende Jahr weitere Umfragen im bisher üblichen Umfang geplant.

Wiesbaden, 28. November 2011

Axel Wintermeyer